



Innenausschuss

89. Sitzung (öffentlich)

2. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:31 Uhr bis 15:37 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 9

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 12, 13, 21 und 22 in der nächsten Sitzung zu beraten.

1 Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken 12

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7914

Ausschussprotokoll 17/1147 (*Anhörung am 01.10.2020*)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN ab.

2 Ein Gesamtkonzept gegen Rassismus und Rechtsterrorismus jetzt – für eine Einwanderungsgesellschaft ohne Diskriminierung und Hetze 14

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8746

Ausschussprotokoll 17/1147 (*Anhörung am 01.10.2020*)

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

3 Abschlussbericht der Stabsstelle Rechtsextremistische Tendenzen in der Polizei NRW (Bericht auf Wunsch der Landesregierung; Präsentation s. Anlage 1) 15

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

4 Gesetz zur Änderung des Landesrichter- und Staatsanwältegesetzes – LRiStaG 22

Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13063

Schriftliche Anhörung des Rechtsausschusses

Stellungnahme 17/4138

Stellungnahme 17/4186

Stellungnahme 17/4201

Stellungnahme 17/4202

Stellungnahme 17/4224

– abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

5 Zweites Gesetz zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und weiterer Gesetze 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13240

Schriftliche Anhörung des Innenausschusses
Stellungnahme 17/4104
Stellungnahme 17/4105

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
17/14958

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

6 Den Katastrophenschutz in NRW stärken – Lehren aus der COVID-19-Pandemie ziehen 24

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9348

Schriftliche Anhörung des Innenausschusses
Stellungnahme 17/3156
Stellungnahme 17/3094
Stellungnahme 17/3090
Stellungnahme 17/3078
Stellungnahme 17/3013

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

7 Staatliche Kooperation und Finanzierung von islamistisch beeinflussten Islamverbänden auch auf Landesebene einstellen – Der Unterwanderung von Parteien wirksam entgegenwirken **28**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/13761

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

8 Antisemitismus zielgerichtet bekämpfen **29**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/14069

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/14201

– keine Wortbeiträge

9 Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen **30**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5641

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

10 Plünderungen in Hochwassergebieten (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]) **38**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5610

– Wortbeiträge

- 11 Instrumentalisierung der Hochwasserkatastrophe** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*) **39**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5608
- keine Wortbeiträge
- 12 Wie bewertet die Landesregierung die Vorwürfe des Bündnisses „Versammlungsgesetz stoppen“ im Zusammenhang mit der Demonstration in Düsseldorf am 26.06.2021?** **40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5642
- in Verbindung mit:
- Demonstration gegen geplantes Versammlungsgesetz in Düsseldorf am 26. Juni**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5643
- wird nicht behandelt
- 13 Wie bewertet die Landesregierung die Stellungnahme der LDI zur Massendatenabfrage der „BAO Janus“ des Polizeipräsidiums Bochum?** **41**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5632
- wird nicht behandelt
- 14 Gruppenvergewaltigungen in Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **42**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5607
- keine Wortbeiträge

- 15 Straßenkampf mit Machete in Bielefeld** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **43**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5611
- keine Wortbeiträge
- 16 Tödliche Messerattacke in der Zülpicher Straße – Wie ist es um die Sicherheit vor Ort bestellt?** (*Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **44**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5612
Vertrauliche Vorlage 17/188
- keine Wortbeiträge
- 17 Zahl der offenen Haftbefehle** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **45**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5645
- keine Wortbeiträge
- 18 Ausschreitungen in Düsseldorf und Köln** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **46**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5605
- keine Wortbeiträge
- 19 Explosion im Chempark Leverkusen** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **47**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5606
- keine Wortbeiträge

- 20 Antisemitischer Angriff in Köln** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **48**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5625
- Wortbeiträge
- 21 Weiteres Verfahren für das geplante Versammlungsgesetz NRW** **49**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5613
- wird nicht behandelt
- 22 Polizeieinsatz gegen Pilgerinnen und Pilger in Hamm** **50**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5644
- wird nicht behandelt
- 23 Ortskräfte in Afghanistan** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN [s. Anlage 3]*) **51**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5609
- keine Wortbeiträge
- 24 Einberufungen des Krisenstabs der Landesregierung seit 2004** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **52**
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, den mündlichen Bericht als Vorlage entgegenzunehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Hartmut Ganzke (SPD) moniert, die Berichte zum Hochwasserereignis und zum Versammlungsgesetz seien von der Landesregierung erst wenige Stunden vor der Ausschusssitzung übermittelt worden, sodass er sich damit noch nicht habe befassen können.

Minister Herbert Reul (IM) teilt mit, sein Haus könne die Berichtsbitten in der dafür vorgesehenen Zeit zum Teil nicht mehr bewältigen, was der im Raum stehende Untersuchungsausschuss zu den Hochwasserereignissen noch erschwere, weil er vor diesem Hintergrund äußerst genau berichten müsse.

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 12, 13, 21 und 22 in der nächsten Sitzung zu beraten.

Sodann berichtet **Minister Herbert Reul (IM)**:

Ich möchte Sie in der gebotenen Kürze über einen Einsatz des Polizeipräsidiums Duisburg informieren. Dieser Einsatz läuft seit heute Morgen, 06:00 Uhr; die Informationen sind daher frisch und aus erster Hand. Es geht um organisierte Rockerkriminalität.

Sie wissen, die Ermittlungen in den Strukturen dieser kriminellen Kuttenträger ist sehr mühevoll und anstrengend. Das ist ein typisches Beispiel dafür, warum Polizei und Kriminalisten Zeit und Geduld brauchen: Das ist ein sehr eingeschworenes und abgeschottetes Milieu – wenig redselig und wenig kooperationsbereit, wenn es um die Polizei geht.

Nach jahrelanger detektivischer Ermittlungsarbeit im wahrsten Sinne des Wortes gab es dann heute am frühen Morgen eine groß angelegte Razzia in mehreren Städten an Rhein und Ruhr. Federführend ist das Polizeipräsidium Duisburg; die Sachleitung liegt bei den Staatsanwaltschaften Duisburg und Mönchengladbach.

Zwei Angehörige der Hells Angels wurden festgenommen. Die Tatverdächtigen sind 34 und 42 Jahren alt. Nach zwei weiteren Tatverdächtigen – 31 und 33 Jahre alt – wird international gefahndet. Weil von den Gangmitgliedern eine nicht unerhebliche Gefahr ausgeht und der Einsatz sehr groß angelegt wurde, haben Spezialeinheiten – auch aus anderen Bundesländern – die Maßnahmen in erheblichem Umfang unterstützt.

Die Beamtinnen und Beamten der Spezialeinheiten und der Bereitschaftspolizeihundertschaft kommen unter anderem aus Duisburg, Mönchengladbach, Leverkusen und Mülheim an der Ruhr. Im Polizeipräsidium Duisburg wurde für diese Einsatzlage wie üblich eine Besondere Aufbauorganisation eingerichtet, deren Name „BAO Prunus“ lautet.

Die Taten, die die Tatverdächtigen auf dem Kerbholz haben sollen, fanden in den Jahren 2013 und 2014 statt. Sie erinnern sich: Damals gab es erhebliche Revierkämpfe

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)

21 Weiteres Verfahren für das geplante Versammlungsgesetz NRW

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5613

